

**Zwanzig Jahre Europäische Union nach dem Fall des Kommunismus.
Eine Erfolgsgeschichte – Krise und Herausforderung für das transatlantische
Verhältnis**

**Rede in den USA
Juni 2010
Markus Meckel**

Anrede

I. Der Sieg von Freiheit und Demokratie in Ost- und Mitteleuropa als Vermächtnis

Seit gut einem Jahr habe ich viele Reden gehört und gehalten im Gedenken an die Umbrüche vor 20 Jahren – den Fall der Mauer, die deutsche Vereinigung und das Ende des Kalten Krieges. Dabei fällt auf, dass die Erinnerung sehr unterschiedlich ist und auch die Sprache. Da erinnern Polen daran, dass sie die ersten waren, die den Kommunismus ins Wanken brachten mit der Solidarnosc, mit dem Runden Tisch, der gewissermaßen zum Modell einer verhandelten, friedlichen Revolution wurde. Da erinnern Ungarn daran, dass sie mit der Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich den ersten Stein aus der Mauer rissen, die Deutschland und Europa teilte. Da wird Gorbatschow Dank ausgesprochen, der mit Glasnost und Perestroika zwar den Kommunismus retten wollte, aber als dann die Entwicklung viel schneller voranging, er eben keine Panzer mehr schickte, sondern die Flucht nach vorn antrat zur Kooperation mit dem Westen. In Deutschland wird an Helmut Kohl erinnert, der die Einheit gemacht habe und es wird Präsident Bush sen. gedankt, der die deutsche Einheit unterstützt hat.

Wenn in den USA an diesen Zeitraum erinnert wird, heißt es kurz und klar: „als wir den Kalten Krieg gewannen..“

Um diese Umbruchzeit europäischer Geschichte angemessen in den Blick zu bekommen, ist es wichtig, sich die Perspektive der anderen bewusst zu machen. Das gilt für die verschiedenen Sichtweisen, die diese Umbrüche positiv betrachten. Und darin dürften wir uns hier wohl alle einig sein. Doch muss man sich auch deutlich machen, wo dies nicht der Fall ist – nämlich in Russland. Dort sprach der damalige Präsident noch vor wenigen Jahren davon, dass der Zerfall der Sowjetunion für Russland die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts darstellt.

Für mich sind im Rückblick nach 20 Jahren folgende Einsichten wichtig:

- 1. Freiheit und Demokratie können nicht von außen geschaffen, sondern müssen im Lande selbst durchgesetzt werden.** Dafür ist Unterstützung von außen wichtig, oft lebenswichtig. Aber es braucht zuerst die Akteure im Lande selbst. 1989 fand

nicht der Sieg des Westens im Kalten Krieg statt, es hat nicht der Westen über den Osten gesiegt, sondern es war der Sieg von Freiheit und Demokratie in diesen Ländern. Trotz aller Bemühungen des Westens gilt: Der Kommunismus konnte nicht von außen beseitigt werden. Er wurde hinweggefegt, weil Menschen in diesen kommunistischen Ländern sich oft mit hohem Risiko für Freiheit und Demokratie einsetzten – und schließlich erfolgreich waren. In den friedlichen Revolutionen Mitteleuropas haben die Menschen sich – bei aller Unterstützung von außen - ihre Freiheit selbst erkämpft. Dafür gebührt ihnen Anerkennung.

2. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 waren gewissermaßen **verhandelte Prozesse**. Das Symbol dafür wurde der in Polen erfundene Runde Tisch. In schwierigen Verhandlungsprozessen und mit dem Druck der friedlichen Massen auf den Straßen wurde der grundsätzliche Systemwechsel erzwungen. Weil man die Kategorien des Nullsummenspiels verließ, bei dem der eine dadurch gewinnt, dass der andere verliert, konnte eine blutige Katastrophe verhindert werden.
3. Es muss zwischen den Regimen und den Menschen unterschieden werden. In den kommunistischen Ländern hätten die Machthaber wirklich freie Wahlen (mit dem öffentlichen Zugang zu Informationen und Medien!) nie gewonnen. Zu allen Jahrzehnten gab es Menschen, die an ihren Werten, den Werten des Humanismus und der europäischen Aufklärung festhielten, an den Menschenrechten, an ihrem Glauben an Gott und an die Würde des Menschen. Und oft mussten sie teuer dafür bezahlen. Der **Sieg über den Kommunismus war ein Sieg dieser Werte**, die der Westen mit Recht als Grundlage von Staat und Gesellschaft proklamiert. Es ist das Vermächtnis dieser Ereignisse, dass die Achtung vor der Würde des Menschen nie zur Disposition gestellt und nicht relativiert werden darf.
4. **Weil die Freiheit erkämpft wurde, wurde Einheit möglich.** Das gilt für Deutschland wie für Europa. Im Zuge der Friedlichen Revolution in der DDR ist die Berliner Mauer gefallen. Doch diese Friedliche Revolution gehört in den größeren Zusammenhang dessen, was in Polen, Ungarn und dann in weiteren Ländern geschah. Der Sieg der Freiheit in Mitteleuropa hat das Tor zur Einheit aufgeschlagen, zur Einheit Deutschlands wie zum Zusammenwachsen Europas. Obwohl diese Vereinigung jeweils als Beitritt geschah, durch Integration in die schon vorhandenen Institution der Bundesrepublik Deutschland wie in die der Europäischen Union, sind die „Neu-Bürger“ bzw. „neuen Mitglieder“ Teilhaber aus eigenem Recht, haben sie sich doch

selbstbestimmt und aus eigenem Willen zu den freiheitlichen und demokratischen Grundlagen der Institutionen des Westens bekannt.

5. Für die Ablösung der alliierten „Rechte für Deutschland als Ganzes“ und die Anerkennung der vollen Souveränität des vereinten Deutschland, kurz, für die Vereinigung Deutschlands war die Unterstützung der USA von großer Bedeutung. Die USA haben wesentlich dazu beigetragen, auf der einen Seite Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite die Sowjetunion unter Gorbatschow zur Zustimmung zu bewegen. Dabei stand für die USA die künftige Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO als eine zentrale Bedingung, war doch die NATO das wichtigste Band im transatlantischen Verhältnis und sicherte den amerikanischen Einfluss auf dem europäischen Kontinent. Dafür die Akzeptanz der Sowjetunion zu erlangen, war schließlich der große Erfolg des Jahres 1990. So konnte die NATO auch für die kommenden zwei Jahrzehnte – wenn auch auf ganz neue Weise! - ein wesentlicher Anker für Stabilität und Sicherheit in Europa werden.

II. Die Neugestaltung Europas nach den Umbrüchen von 1989/90

1. Sorge vor „Großdeutschland“

Bei so manchen Nachbarn – und durchaus auch bei Deutschen! – wurden 1990 wieder alte Ängste wach, dass mit der deutschen Vereinigung wieder ein Großdeutschland in der Mitte Europas entstehen würde, das für Europa Unsicherheit und Destabilität bringt. Diese Sorgen wurden noch durch die lange Unklarheit Helmut Kohls in der Frage der polnischen Westgrenze verstärkt, zumal er damit auch seine fehlende Solidarität mit der neuen polnischen demokratischen Regierung deutlich werden ließ. Wir traten dagegen von Anfang an und im Konflikt mit ihm konsequent für die dauerhafte Anerkennung dieser Grenze ein. Glücklicherweise konnte dieses Problem dann auch gelöst werden. –

2. Ein europäisches Deutschland

Ein wichtiges und positives Signal ging jedoch von der im Zusammenhang der deutschen Einigung abgeschlossenen Vereinbarung zwischen Kohl und Mitterrand aus, mit dem Euro eine gemeinsame europäische Währung zu schaffen. Gerade auch angesichts französischer Sorge über die Orientierung eines vereinten Deutschland sollte so für alle Zukunft klar sein, dass auch das vereinte Deutschland den europäischen Integrationsprozess weiterhin vorantreiben wird.

Die Entwicklung der folgenden Jahre hat dies dann ausdrücklich bestätigt. Deutschland blieb Motor des europäischen Einigungsprozesses, ja, man kann sogar sagen, es galt immer mehr als nationales deutsches Interesse, die Integration zu vertiefen, da zunehmend deutlich wurde, dass die wesentlichen staatlichen Aufgaben, Wohlfahrt und Sicherheit zu gewährleisten, nur im europäischen Rahmen wahrgenommen werden können.

Sowohl bei der Einführung des Binnenmarktes wie des Euro, bei der Erarbeitung einer europäischen Verfassung wie - nach ihrem Scheitern – bei der Durchsetzung des Lissaboner Vertrages spielte Deutschland eine zentrale Rolle. Nachdem am Ende des letzten Jahrzehnts Franzosen und Briten in San Marlo die Widerstände gegen eine Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik überwandern, hat Deutschland seit der Präsidentschaft 1999 diesen Prozess trotz mancher Widerstände aus den USA wesentlich mit vorangetrieben.

3. Deutschland als aktiver Gestalter von Sicherheit – in integrierten Strukturen

Die EU und die NATO sind für Deutschland nicht nur der notwendige Rahmen seiner Außen- und Sicherheitspolitik, Deutschland trägt auch für die weitere Ausgestaltung der EU (und der NATO) als außen- und sicherheitspolitischer Akteur eine wichtige Rolle. Maßgeblich waren dafür nach 1990 wichtige Veränderungen in der deutschen Politik selbst.

Es blieb dabei, dass Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst blieb, die uns aus unserer Vergangenheit erwächst. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus hat Deutschland seit Ende der 60er Jahre viel internationale Anerkennung gebracht und war eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass die ehemaligen Alliierten und die europäischen Nachbarn die deutsche Vereinigung akzeptiert haben. Nach 1990 aber wurde diese Verantwortung nach einem längeren Prozess und manchen inneren Auseinandersetzungen neu interpretiert. Deutschland wurde angesichts der Kriege auf dem Balkan in den 90er Jahren bereit, seiner internationalen Verantwortung für Konfliktverhütung und Krisenmanagement auch durch die Teilnahme an militärischen Einsätzen dort und später auch international wie in Afghanistan gerecht zu werden. Deutschland wurde so von einem security consumer zu einem security producer. Das war innenpolitisch nicht einfach und setzte einen Prozess des Umdenkens voraus. Deutsche Truppen im Ausland – das wollte die große Mehrheit der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg „nie wieder“ – und glaubte, mit diesem „Nie wieder Krieg“ seine Lektion aus der Vergangenheit gelernt zu haben! Nun aber galt es zu lernen, dass Partizipation in integrierten Sicherheitsstrukturen, der Schutz des

Völkerrechts und immer wieder notwendige Konfliktverhütung wie Krisenmanagement auch bedeutet, den angemessenen Teil der damit verbundenen Lasten und Risiken zu tragen. Der für diese öffentliche Akzeptanz nötige gesellschaftliche Diskussionsprozess ist noch keineswegs abgeschlossen. Bis heute schrecken die Parteien noch oft davor zurück, deutlich zu machen, dass diese Einsätze eben nicht nur humanitäre Interventionen sind wie im Kosovokrieg, sondern wo nötig auch Kampfeinsätze wie in Afghanistan.

4. Kooperation und Integration

Nach 1989/90 mussten sich sowohl NATO als EU darüber klar werden, wie sie sich den ehemaligen kommunistischen Staaten gegenüber verhalten. Partnerschaft und Kooperation waren anfangs die zentralen Begriffe, für die man nach Strukturen suchte. Beide Institutionen taten sich anfangs schwer mit dem Gedanken, dass sie sich nach Osten ausweiten und neue Staaten als Mitglieder aufnehmen. Doch die neuen Demokratien drängten auf die Mitgliedschaft – und sowohl NATO wie EU folgten diesem Drängen aus guten Gründen. Dies erhöhte die Sicherheit, weil sie nun nicht mehr jeweils national definiert und gestaltet werden musste, sondern in den integrierten Strukturen und nach Vorgaben der NATO. Und es stabilisierte die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Demokratien. So wurde die Öffnung und Erweiterung von EU und NATO zu einer Erfolgsgeschichte. Ebenso muss es als ein großer Erfolg angesehen werden, an dem Deutschland wesentlichen Anteil hat, dass im Jahr 2004 nicht nur eine umfassende Erweiterung der EU möglich wurde, sondern gleichzeitig eine europäische Verfassung auf dem Tisch lag - auch wenn diese dann erst 2008 mit einigen Abstrichen als Lissaboner Vertrag Realität wurde.

5. EU als globaler Akteur.

Die Bedeutung dieser Gleichzeitigkeit von Vertiefung der Integration und Erweiterung wird deutlich, wenn man sich klar macht, dass es 27 souveräne Staaten mit ihrer je eigenen Geschichte und Tradition sind, die in der EU vereint sind. So ist die EU ein großes Friedenswerk – und man muss in die Geschichte schauen, um allein diese Bedeutung zu ermessen. Mit der Freizügigkeit der Personen und der Grundwertcharta als Teil des Lissaboner Vertrages wurde die EU zu einem großen Raum der Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit. Schon lange war die EU für die Mitgliedstaaten zu einem wichtigen Faktor ökonomischer Prosperität und Solidarität geworden- heute symbolisiert durch den Binnenmarkt und den Euro. Mehr und mehr wurde in den letzten zwei Jahrzehnten

erkannt, dass die europäischen Staaten – auch die großen unter ihnen! - global nur noch gemeinsam eine Rolle spielen können, wenn sie zu gemeinsamem politischen Handeln finden.

Die Klimakrise ist hier ein wichtiges Beispiel. Ein anderes die Finanz- und Wirtschaftskrise vor zwei Jahren. Hier wäre jedes einzelne Land für sich und ohne den Euro überfordert gewesen.

Das Zustandekommen des EURO war ein politischer Kraftakt, den viele in den USA den Europäern nicht zugetraut hätten. Er kam zustande! – allerdings mit dem großen Defizit, dass es keine europäische Finanzpolitik gibt. Das hat sich jetzt gerächt. Griechenland ist dafür ein heftiger Warnschuss, einschließlich des fehlenden schnellen und entschlossenen Krisenmanagements – nicht zuletzt in deutscher Verantwortung (wo dann plötzlich die parteipolitischen Interessen eines Landtagswahlkampfes für die Kanzlerin zur gefährlichen Priorität wurden und sie die notwendigen Entscheidungen verzögerte!). Doch ich bin überzeugt, dass gerade diese Krise den Anstoß geben wird, auch in den Fragen einer mehr gemeinsamen Finanz- und Währungspolitik Fortschritte zu machen!

Eine große und noch bei weitem nicht bewältigte Herausforderung ist die Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade hier haben besonders die großen Länder Europas ihre je eigenen, tief verwurzelten Traditionen und Beziehungen. Mit dem Lissaboner Vertrag sind die Voraussetzungen für Fortschritte im gemeinsamen Handeln besser geworden. Doch es braucht konkrete Initiativen und Aktivitäten. Die Art, wie von den großen Mitgliedstaaten die Besetzung der wichtigsten Posten wahrgenommen wurde, macht leider wenig Hoffnung, dass die proklamierte Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Politik wirklich auch implementiert wird. Deutschland hätte hier eine wesentliche Aufgabe und müsste eine Führungsrolle übernehmen, die viele andere europäische Staaten gern annehmen würden. Umso bedauerlicher ist es, dass keine Aktivitäten in dieser Richtung zu erkennen sind.

Viele Fragen, die für die EU große Wichtigkeit haben, sind derzeit offen bzw. umstritten. Dazu gehören die künftige Erweiterungspolitik (zB die Mitgliedsperspektive der Türkei und der Ukraine) und das Verhältnis zu Russland. Es fehlt weitgehend eine gemeinsame Energie- wie Migrationspolitik, obwohl beides in Europa nicht mehr nationalstaatlich gestaltet werden kann und für die EU von existentieller Bedeutung ist.

III. – Die Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen

Deutschland hat mit der Vereinigung seine nationale Souveränität wiedererlangt. Gleichzeitig jedoch hat es sich weiterhin in die EU und Nato integriert und diese Integration – wie beschrieben – weiter vorangetrieben. Gerade für die NATO war in der Vergangenheit immer klar, dass die USA die Führungsrolle innehaben. So war es für viele ein Schock, als Deutschland und Frankreich den Krieg im Irak ablehnten und sich nicht beteiligten.

Ich persönlich glaube, dass sowohl Kritik wie Nichtbeteiligung voll berechtigt waren. Hier hat sich zum ersten Mal gezeigt, dass einfache Gefolgschaft im transatlantischen Verhältnis nicht mehr zu erreichen ist. Mit dem Entstehen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) und der kürzlichen Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO sind die Karten neu gemischt.

Die NATO hat sich um die neuen Demokratien Europas erweitert und ist zu einem einzigartigen internationalen sicherheitspolitischen Akteur geworden, der auch mit vielen anderen Staaten kooperiert. Zwar ist sie noch immer die wichtigste transatlantische Institution, doch kann sie schon lange nicht mehr die umfassende Palette gemeinsamer Interessen und Herausforderungen bewältigen.

Heute, in einer Zeit,

+ in der die EU mit der Grundlage des Lissaboner Vertrages ihre neue globale Rolle definieren muss und zunehmend auch zu einem sicherheitspolitischen Akteur wird,

+ in der die NATO dabei ist, ihre Aufgaben und Strukturen durch ein neues Strategisches Konzept neu zu bestimmen,

+ in der die USA unter Präsident Barak Obama neu zu internationaler Kooperation und zur Stärkung rechtlicher Strukturen in den internationalen Beziehungen zurückgefunden haben, muss darüber nachgedacht werden, wie die transatlantischen Beziehungen gestärkt werden können, um gemeinsam besser den globalen Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen, und welche Strukturen diesem Ziel am besten dienen.

1. Umfassender sicherheitspolitischer Ansatz

Sicherheit ist heute nicht allein militärisch zu schaffen, es braucht einen umfassenden Ansatz, der auch politische, zivile und ökonomische Instrumente einbezieht. Für einen solchen zivil-militärischen Ansatz hat die NATO weder die eigenen Instrumente noch die angemessenen kooperativen Entscheidungsstrukturen. Um die Kapazitäten zu erhalten, braucht es verbindliche Zusammenarbeit einerseits mit Mitgliedstaaten (USA), andererseits mit der EU, den UN und anderen Regionalinstitutionen. Dabei spielen die Beziehungen zur EU eine besonders wichtige Rolle. Auch um Verdoppelung zu verhindern und Ressourcen zu sparen, braucht es eine verbindliche institutionelle Kooperationsstruktur zwischen NATO und EU. Dazu könnte eine

regelmäßige Teilnahme der Hohen Beauftragten der EU, Frau Ashton, am NATO-Rat gehören wie eine strukturierte Zusammenarbeit von NATO-Rat und PSK, dem sicherheitspolitischen Rat der EU.

2. Europäischer Caucus in der NATO – Partner auf Augenhöhe

Die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Strukturen schaffen für die Staaten, die sowohl Mitglied in der NATO wie in der EU sind, eine ambivalente Lage. Einerseits definieren sie sich außen- und sicherheitspolitisch zunehmend als gemeinsames politisches Subjekt in der EU, doch mit dem Betreten der Tore der NATO treten sie andererseits als atomisierte Einzelstaaten auf, die in der Allianz ihr gemeinsames Handeln bestimmen. Je stärker die sicherheitspolitische Identität der EU wird (und im zivilen Bereich ist sie das schon heute!), desto weniger ist diese Struktur tragbar. Die Europäer müssen auch in der NATO ihre gemeinsamen Positionen zum Ausdruck bringen.

Dies ist für die Zukunft eine doppelte Herausforderung. Zum einen gilt es für die europäischen Staaten selbst, die zu einer gemeinsamen Position finden und ihre Ressourcen gemeinsam effektiver strukturieren und einsetzen müssen. Heute sind wir Europäer davon leider noch weit entfernt. Zum anderen heißt das für die USA, in der NATO dann nicht nur einem Forum von Mitgliedsstaaten zu begegnen, das letztlich nur zur Gefolgschaft fähig ist, sondern Partnern auf Augenhöhe, die ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

Das wird nicht in einem Schritt geschehen, da die europäischen Mitgliedsländer heute noch nicht so weit sind (und die Briten etwa es auch ablehnen würden), während es den USA noch sehr schwer fallen wird, dies zu akzeptieren. Doch ich bin davon überzeugt, dass dies die Richtung ist, in der sich die NATO entwickeln muss, um in Zukunft tragfähige transatlantische sicherheitspolitische Partnerschaft und Kooperation zu gewährleisten.

3. EU – USA - Kooperationsstrukturen

Europäer und Amerikaner stehen heute global vor Herausforderungen, die wir auf beiden Seiten des Atlantik nicht mehr allein bewältigen können. Um in den globalen Fragen abgestimmter handeln zu können, aber auch, um bilaterale Fragen besser zu bearbeiten, muss zwischen der EU und den USA ein weitaus intensiverer und strukturierter Kooperationsmechanismus entwickelt werden. Das betrifft Fragen des Klimawandels wie der Energie, die internationale Finanzwirtschaft wie Probleme des Informationsaustausches. Nicht zuletzt wirft auch die notwendige Bekämpfung des internationalen Terrorismus Fragen auf, die jenseits der traditionellen

Sicherheitspolitik liegen und der gemeinsamen Behandlung harren. Der Streit um die Weitergabe von Flugdaten ist dafür nur ein aktuelles Beispiel.

Gerade im letzten Jahrzehnt ist deutlich geworden, dass Europa zunehmend mehr verstanden hat, für seine Sicherheit auch selbst verantwortlich zu sein. Das mag noch nicht in ausreichendem Maße der Fall sein, aber die Erkenntnis wächst. Die USA sollten dies achten und fördern, ohne daraus den Schluss zu ziehen, dass Europa dadurch für sie weniger wichtig wird. Das Gegenteil ist der Fall. Beide Partner über den Atlantik sind und bleiben auf die absehbare Zukunft nicht nur durch ein hohes Maß gemeinsamer Werte miteinander verbunden, sondern auch durch eine vielfältige Interessengemeinschaft. Beide sind nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig und kulturell auf vielfältige Weise miteinander verbunden und außerdem gefordert, für die Lösung globaler Probleme die Führung zu übernehmen. Wo wir über den Atlantik hin zu gemeinsamen Positionen und zu gemeinsamen Initiativen kommen, gibt es eine große Chance, anstehende Probleme auch zu lösen. Gelingt es uns nicht – besteht die Gefahr, dass sie überhaupt nicht gelöst werden, oft mit unabsehbaren Konsequenzen für den ganzen Erdkreis.

Viele in den USA glauben, dass Europa für sie nicht mehr so wichtig ist. Asien steht im Vordergrund, etwa die aufstrebende Weltmacht China. Auch ich bin der Meinung, dass Asien – China und Indien – zunehmend wichtig werden. Doch meine ich ebenso, dass für die Lösung der wichtigen globalen Probleme das Erkennen der transatlantischen Interessengemeinschaft und ihr koordiniertes Einbringen in die Entscheidungen der internationalen Staatengemeinschaft unverzichtbar sind.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir der Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses genügend Aufmerksamkeit widmen. Das scheint mir nicht immer in genügendem Maße zu geschehen und muss deshalb noch einmal ausdrücklich betont werden. Jeder – auf beiden Seiten des Atlantik! – der es vernachlässigt, schwächt die Umsetzung unserer gemeinsamen Werte in dieser Welt (die wir natürlich auch selbst beachten müssen!) und verringert die Chancen der Lösung unserer globalen Probleme.

Das heißt nicht, dass wir zu verschiedenen Fragen nicht auch unterschiedlicher Meinung sein können. Doch gilt es dann, dass nach Verständigung auf Augenhöhe gesucht werden muss. Dass einfach Gefolgschaft eingeklagt werden könnte - diese Zeiten sind vorbei. Wir müssen uns bewusst sein und immer wieder bewusst machen, dass wir aufeinander angewiesen sind und bleiben werden und dass das Interesse aneinander nicht nachlassen darf. Das vereinte Europa hat begonnen erwachsen zu werden – und bleibt herausgefordert, ein wirklicher Partner zu sein.

Lasst uns um unserer Zukunft auf diesem Planeten willen auch weiterhin daran arbeiten.